

Amtsblatt

für die Stadt Zossen



21. Jahrgang

Zossen, 25.03.2024

Nr. 5

Inhaltsverzeichnis zum Amtsblatt für die Stadt Zossen 25.03.2024

Stadt Zossen mit ihren Ortsteilen: Glienick, Horstfelde, Schünow, Kallinchen, Lindenbrück
Nächst Neuendorf, Nunsdorf, Schöneiche, Wünsdorf und
Zossen
und den bewohnten Gemeindeteilen: Werben, Zesch am See, Funkenmühle, Neu-
hof, Wald-
stadt, Dabendorf

| 1. Amtlicher Teil | Seite |
|--|---------------|
| Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung) nebst Anlagen | 3 - 15 |
| Bekanntmachung gefasster Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen vom 31.01.2024 | 16 |
| Bekanntmachung gefasster Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen vom 28.02.2024 | 17-18 |
| Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung Öffentliche Auslegung des Vorentwurfes der 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen für den Änderungsbereich südlicher Planweg gem. § 3 (1) Baugesetzbuch (BauGB) | 19-20 |
| Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ der Stadt Zossen gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) | 21-23 |
| Öffentliche Zustellung - Abteilung für Zivilsachen des Amtsgerichts Zossen | 24 |
| Ausschreibung von Landpachtflächen | 25 |
| Ausschreibung Gemeinde Hötensleben Veräußerung Grundstück | 26-27 |
| Einladung zur Jahreshauptversammlung der Jagdgenossenschaft Horstfelde am 26.04.2024 | 28 |

**Hinweis Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen
sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung):**

Es wurde ein redaktioneller Fehler festgestellt. Dieser wird mit der erneuten Veröffentlichung im Amtsblatt berichtigt. In § 10 der Satzung wurde die Satzung vom 01.04.2006 und nicht die Satzung vom 01.08.2021 außer Kraft gesetzt.

**Satzung zur Benutzung von
Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur
Erhebung und Höhe der Elternbeiträge
(Kita-Satzung)**

Auf der Grundlage der §§ 2, 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2022 (GVBl. I/22, [Nr. 18], S. 6) und §§ 90 Abs. 1, 97 a des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I, S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2022 (BGBl. I, S. 2824; 2023 I Nr. 19) i.V.m. §§ 17, 17a, 50 ff. des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe – (Kindertagesstättengesetz - KitaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.2004 (GVBl. I/04, [Nr. 16], S. 384), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBl. I/23, [Nr. 13], S. 4) sowie dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vom 07.12.2001 (GVBl. I S. 54; ABI. MBS S. 425) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen in ihrer Sitzung am 13.12.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich und Grundsätze

1. Diese Satzung gilt für die Kindertagesstätten, die sich in Trägerschaft der Stadt Zossen befinden. Für die Inanspruchnahme eines Platzes in den Kindertagesstätten werden Kostenbeiträge entsprechend dem § 17 KitaG und nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.
2. Für Kinder, deren Wohnsitz Zossen ist und der Einrichtungsstandort im Land Berlin liegt und für Kinder, deren Wohnsitz Berlin ist und der Einrichtungsstandort in Zossen liegt, werden die Elternbeiträge gemäß Artikel 6 des zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg abgeschlossenen Staatsvertrags vom jeweils Leistungsverpflichteten erhoben.
3. Die Kindertagesstättenplätze der Stadt Zossen stehen vorrangig den Kindern mit Hauptwohnsitz in Zossen zur Verfügung. Soweit ausreichend freie Plätze vorhanden sind, können bei Vorliegen des Rechtsanspruches auch Kinder aus anderen Gemeinden des Landes Brandenburg aufgenommen werden. Die Bereitstellung eines konkreten Platzes in der gewünschten Einrichtung für ein Kind aus einer anderen Gemeinde kann durch die Stadt Zossen abgelehnt werden, sofern ansonsten die Rechtsanspruchserfüllung für gemeindeangehörige Kinder nicht vorrangig sichergestellt werden kann, weil keine geeigneten Plätze (entsprechende Altersgruppe des Kindes oder spezifischer Betreuungsbedarf) mehr in der gewünschten Einrichtung tatsächlich vorhanden oder verfügbar sind (Kapazitätserschöpfung).
4. Die Elternbeiträge werden nach folgenden Altersgruppen differenziert erhoben:
 - a) Krippe: Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr
 - b) Kindergarten: Kinder im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung
 - c) Hort: Kinder im Grundschulalter

§ 2 Anmeldung, Aufnahme von Kindern und Abschluss eines Betreuungsvertrages

1. Die Anmeldung für die Beanspruchung eines Platzes in einer Kindertagesstätte in der Stadt Zossen erfolgt schriftlich, unter der Nutzung der vorgegebenen Formulare, bei der Stadt Zossen.
Die Inanspruchnahme des Betreuungsumfanges richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf, der sich aus dem gesetzlichen Mindestbetreuungsanspruch nach dem KitaG oder

dem Feststellungsbescheid über den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ergibt. Die Betreuungszeiten können nur bis zum gesetzlichen bzw. zum im Feststellungsbescheid festgelegten Umfang liegen und sind auf die Öffnungszeiten der Einrichtung beschränkt. Anträge auf Prüfung und Feststellung des Rechtsanspruches nach dem KitaG sind bei der Stadt Zossen zu stellen.

2. Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Versetzung in die fünfte Schuljahrgangsstufe haben einen Rechtsanspruch auf Förderung. Hiervon erfasst ist auch die Ferienbetreuung bis zum Eintritt in die 5. Jahrgangsstufe. Dieser Rechtsanspruch ist für Kinder im Alter bis zur Einschulung mit einer Mindestbetreuungszeit von 30 Stunden pro Woche und für Kinder im Grundschulalter mit einer Mindestbetreuungszeit von 20 Stunden pro Woche erfüllt. Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahr haben einen Anspruch auf Förderung, wenn ihre familiäre Situation, insbesondere die Erwerbstätigkeit, die häusliche Abwesenheit wegen Erwerbssuche, die Aus- und Fortbildung der Eltern oder ein besonderer Erziehungsbedarf Tagesbetreuung erforderlich macht. Für schulpflichtige Kinder hat die Stadt Zossen ein bedarfsgerechtes Angebot vorzubehalten. Auch längere Betreuungszeiten sind stundenweise zu gewährleisten, wenn die vorgenannten Kriterien erfüllt sind. Nach Vorlage entsprechender Nachweise in der Stadt Zossen (z.B. Bescheinigungen des Arbeitgebers über die Wochenarbeitszeit und der Zeitdauer des Arbeitsweges) wird der Rechtsanspruch geprüft und der Betreuungsumfang festgesetzt.
3. Voraussetzung für die Aufnahme eines Kindes in einer Kindertagesstätte ist der Abschluss eines Betreuungsvertrages zwischen den Personensorgeberechtigten und der Stadt Zossen. Die Entscheidung zum Abschluss eines Betreuungsvertrages erfolgt durch die Stadt Zossen. Erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrages durch alle Beteiligten ist die Aufnahme des Kindes in die Betreuung möglich. Für Kinder aus anderen Wohnsitzgemeinden muss vor Abschluss eines Betreuungsvertrages die Kostenübernahmeerklärung der Wohnsitzgemeinde vorliegen.
4. Es besteht kein Anspruch auf einen bestimmten Betreuungsplatz. Die Wünsche der Personensorgeberechtigten werden unter Berücksichtigung der Betriebserlaubnis, der Belegungsdichte, des Alters des Kindes und der entsprechenden Betreuungskonzeption der Einrichtung beachtet.
5. Die Neuaufnahme eines Kindes erfolgt in der Regel, sofern die Anmeldung vorliegt, freie Betreuungskapazitäten zur Verfügung stehen und keine Geldforderungen gegen das Personenkonto aus vergangenen Betreuungsverträgen bestehen.
6. Wurde ein Kind zuvor in einer auswärtigen Kita betreut bzw. bestand mit einer anderen Gemeinde ein Vertrag über die Betreuung in einer Kindertagespflegestelle, so ist die Kündigungsbestätigung der anderen Gemeinde / Kita bzw. der Kindertagespflegestelle vorzulegen.
7. Die Aufnahme eines Krippen-, Kindergarten- und Hortkindes erfolgt gemäß § 11a KitaG nur, wenn die Personensorgeberechtigten eine aktuelle ärztliche Bescheinigung über die Unbedenklichkeit der Aufnahme vorlegen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme darf die Bescheinigung nicht älter als 1 Woche sein. Darüber hinaus ist ein schriftlicher Nachweis vorzulegen, dass der gesetzlich vorgeschriebene Impfstatus besteht.
8. Vor Beginn der Betreuung in der Kindertagesstätte ist gegenüber dem Träger der Nachweis über einen ausreichenden Masernimpfschutz, eine bestehende Immunität gegen Masern oder das Vorliegen einer medizinischen Kontraindikation zu erbringen. Geeignete Nachweise sind insbesondere die Vorlage des Impfausweises im Original, das U-Untersuchungsheft, eine ärztliche Bescheinigung über die Impfung, die Immunität oder die medizinische Kontraindikation. Die Immunität kann durch zurückliegende Masernerkrankung durch eine Blutuntersuchung festgestellt und anhand einer ärztlichen Bescheinigung

bestätigt werden.

§ 3 Betreuungszeiten

1. Die Inanspruchnahme des Betreuungsumfanges richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf, der sich aus der Prüfung des Rechtsanspruches gem. § 2 Nr. 2 dieser Satzung ergibt. Folgende Staffellungen der Betreuungszeiten sind für die Beitragsfestsetzung maßgebend:

- Krippe/Kindergarten:

täglicher/wöchentlicher Betreuungsumfang:

unter 6 Stunden/unter 30 Stunden,
ab 6 bis 8 Stunden/ab 30 bis 40 Stunden,
über 8 bis 9 Stunden/über 40 bis 45 Stunden,
über 9 Stunden/über 45 Stunden.

- Hort:

täglicher/wöchentlicher Betreuungsumfang:

unter 4 Stunden/unter 20 Stunden,
ab 4 bis 6 Stunden/ab 20 bis 30 Stunden,
über 6 Stunden/über 30 Stunden.

Die Betreuung erfolgt durch pädagogisches Personal bzw. durch zugelassene Kindertagespflegepersonen.

2. Bei Erstaufnahme eines Kindes in die Kita kann im Rahmen der Eingewöhnung von zwei Wochen eine Betreuungszeit von max. 30 Stunden gewährt werden.
3. Der Betreuungsumfang wird im Betreuungsvertrag schriftlich vereinbart. Diese Vereinbarung gilt bis auf Widerruf. Änderungen des Betreuungsumfanges können durch die vorgegebenen Formulare beantragt werden. Der Rechtsanspruch wird dann gem. § 2 Nr. 2 erneut geprüft und festgestellt. Die Betreuungszeiten an den einzelnen Wochentagen (Bringe- und Abholzeiten) werden in Absprache mit der Einrichtungsleitung vereinbart.
4. Veränderungen der familiären Situation, insbesondere Veränderungen der Erwerbstätigkeit, die den Rechtsanspruch verändern und somit geänderte Betreuungszeiten hervorgerufen, sind der Stadt Zossen durch die Personensorgeberechtigten unverzüglich anzuzeigen. Der veränderte Rechtsanspruch auf Betreuung bedingt eine Vertragsänderung.

§ 4 Entstehung der Elternbeitragspflicht und Fälligkeit

1. Für die Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes in einer Kindertagesstätte der Stadt Zossen haben die Personensorgeberechtigten Elternbeiträge gemäß der vorliegenden Satzung zu entrichten. Die Elternbeiträge werden als Gebühr erhoben. Die Festsetzung erfolgt durch Gebührenbescheid.
2. Die Höhe des Elternbeitrags ist den Anlagen 1.1 bis 1.3 dieser Kita-Satzung zu entnehmen. Die Kostenbeitragstabellen sind Bestandteil dieser Satzung.
3. Die Kosten der Frühstücks- und Vesperverpflegung sind in den Elternbeiträgen enthalten. Für die Mittagsversorgung zahlen Personensorgeberechtigte eine monatliche Essengeldpauschale pro Kind gemäß der Anlage dieser Satzung.

4. Ab dem vertraglich vereinbarten Tag der Aufnahme des Kindes in die Einrichtung besteht die Elternbeitragspflicht. Die Verpflichtung zur Zahlung des festgesetzten Elternbeitrags gilt unbeschadet der tatsächlichen Inanspruchnahme des Betreuungsplatzes und unbeschadet der Regelung des § 4 Nr. 8.
5. Elternbeitragspflichtig sind die Personensorgeberechtigten. Mehrere Elternbeitragspflichtige haften als Gesamtschuldner. Leben Kinder in einem Wechselmodell, so sind beide personensorgeberechtigten Elternteile unabhängig voneinander, je nach der eigenen familiären Situation und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Der Beitrag wird je Elternbeitragspflichtigen anteilig entsprechend ihres Betreuungsanteils, der Anzahl der jeweils unterhaltsberechtigten Kinder und ihres anrechnungsfähigen Brutto-Einkommens erhoben. Im Betreuungsvertrag ist festzulegen, wessen Einkommen des personensorgeberechtigten Elternteils und in welchem prozentualen Umfang zu berücksichtigen ist. Trennen sich die Eltern erst nach Abschluss des Betreuungsvertrages, ist dieser entsprechend anzupassen.
6. Soweit gesetzlich eine Beitragsbefreiung geregelt ist, werden keine Elternbeiträge erhoben. Das Essengeld nach den Elternbeitragstabellen (Anlagen) bleibt davon unberührt.
7. Die Erhebung des Elternbeitrags erfolgt in 12 gleichen Monatsbeiträgen. Erfolgt die Aufnahme innerhalb eines Kalenderjahres, werden die Elternbeiträge ab dem Aufnahmetag, der im Betreuungsvertrag vereinbart wurde, erhoben. Die Elternbeiträge entstehen zum 1. des Monats und sind jeweils am 15. des Monats fällig.
8. Der Elternbeitrag für einen Krippenplatz wird bis einschließlich des Monats berechnet, in dem das Kind das 3. Lebensjahr vollendet. Ab dem 1. des Folgemonats ist der Elternbeitrag für einen Kindergartenplatz zu entrichten.
9. Fehlt ein Kind unentschuldigt über einen längeren Zeitraum, bleibt der Anspruch auf den Platz für drei Monate erhalten. Die Elternbeitragspflicht bleibt unberührt. Nach Ablauf dieser Frist kann ein erneuter Antrag auf Betreuung gestellt werden. In besonderen Ausnahmesituationen kann auf schriftlichen Antrag der Personensorgeberechtigten bzw. Eltern von den vorgenannten Regelungen der Sätze 1 bis 3 abgewichen werden.

§ 5 Maßstab für den Elternbeitrag

1. Die Elternbeiträge bemessen sich nach:
 - der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder,
 - der Betreuungsart (Krippe-, Kindergarten-, Hortbetreuung),
 - dem Betreuungsumfang (Stunden pro Woche),
 - dem Einkommen der Eltern.
2. Maßstab ist das Jahresbruttoeinkommen des der Festsetzung vorangegangenen Kalenderjahres.
3. Unterhaltsberechtigten im Sinne dieser Satzung sind alle Kinder einer Familie, für die Kindergeld bezogen wird oder für die ein Kinderfreibetrag nach dem Einkommensteuergesetz in Anspruch genommen wird oder für die ein gesetzlicher Unterhalt geleistet wird, auch wenn sie nicht im gemeinsamen Haushalt leben. Entsprechende Nachweise sind einzureichen. Der Elternbeitrag vermindert sich, ausgehend von den Elternbeitragstabellen für ein Kind (Anlagen), bei der Geburt/Adoption/nachträglichen Vaterschaftsanerkennung bei jedem weiteren unterhaltsberechtigten Kind für jedes betreute Kind um 10 % gemäß nachfolgender Tabelle:

| Prozentuale Reduzierung | |
|---|--|
| Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder | Beitragszahlung je betreutem Kind |
| 1 | 100 % |
| 2 | 90 % |
| 3 | 80 % |
| ab 4 | 70 % |

4. Ändert sich die Anzahl der Kinder durch Geburt/Adoption/nachträgliche Vaterschaftsanerkennung, so hat der Elternbeitragspflichtige die Möglichkeit, bis zu drei Monate nach dem Ereignis dieses nachzuweisen und erhält dann rückwirkend die Neufestsetzung des Elternbeitrages vom Zeitpunkt des Ereignisses an. Bei der rückwirkenden Vaterschaftsanerkennung mit Unterhaltsverpflichtung ist die Rückwirkung auf ein Jahr begrenzt.

§ 6 Bemessungsgrundlage für die Festsetzung des Elternbeitrags

1. Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der Einnahmen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern erhöhen, unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig sind oder nicht.

Dazu gehören insbesondere:

- Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit (hierzu zählen auch Einkommen aus geringfügigen Beschäftigungen), alle Geld- oder Sachbezüge, die der Arbeitgeber gewährt, sowie Jahressonderzahlungen oder andere nicht monatlich gezahlte Leistungen,
- Einkommen aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft,
- Unterhaltsleistungen für das betreute Kind und Elternteile,
- Renten,
- Einkommen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) wie z.B.: Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Existenzgründerzuschuss, Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld,
- staatliche Zuwendungen (z.B. finanzielle Unterstützung Pandemie bedingt),
- sonstige Leistungen nach anderen Sozialgesetzen, wie Krankengeld, Kinderkrankengeld, Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse, Elterngeld gem. § 10 BEEG (ab einer Höhe von € 300,00 pro Kind und Monat, bei Elterngeld Plus ab einer Höhe von € 150,00 pro Kind und Monat oder bei Mehrlingsgeburten ab dem nach der Zahl der geborenen Kinder vervielfachten Betrag,
- Verletzengeld, Leistungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz, dem Unterhaltsversicherungsgesetz, dem Wehrgesetz,
- der nicht der Ausbildung dienende Teil der BAföG-Leistungen,
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
- Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Nicht zum Einkommen im Sinne dieser Satzung gehören

- Pflegeleistungen nach SGB XI,
- Kindergeld,
- Kinderzuschlag gemäß § 6 a Bundeskindergeldgesetz,
- Baukindergeld des Bundes
- Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz

-
- Unterhalt für Geschwisterkinder,
 - Bildungskredite,
 - Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz,
 - Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz,
 - Leistungen nach dem SGB VIII sowie
 - Sitzungsgelder für Abgeordnete und Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten.

Ein Verlustausgleich (z.B. negativ BWA) zwischen verschiedenen Einkunftsarten und ein Verlustausgleich zwischen Ehegatten ist nicht zulässig.

2. Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen werden auf Nachweis einkommensmindernd berücksichtigt, sofern diese sich aus einem Unterhaltstitel, einer privaten Vereinbarung oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften ergeben, wobei die Unterhaltsverpflichtung gegenüber nicht im Haushalt lebenden Kindern bereits im Rahmen der Regelung nach § 5 Nr. 3 dieser Satzung Berücksichtigung findet.
3. Ab einem Jahresbruttoeinkommen von 80.001 € wird entsprechend der Anlagen dieser Satzung der Höchstbeitrag pro Monat erhoben.
4. Elternbeitragspflichtige, die in eheähnlichen Lebensgemeinschaften leben, werden hinsichtlich der Voraussetzungen sowie des Umfangs der Beiträge, sofern sie die personensorgeberechtigten Elternteile des Kindes sind, nicht besser gestellt als Ehepaare.
5. Bei getrennt lebenden Elternbeitragspflichtigen bleibt das Einkommen des nicht mit dem Kind zusammenlebenden Elternteils unberücksichtigt. In diesem Fall wird das Einkommen des betreuenden Elternteils einschließlich der Unterhaltsleistungen des anderen Elternteils zugrunde gelegt. Leben Kinder in einem Wechselmodell, so ist das Einkommen beider personensorgeberechtigter Eltern-teile nach Maßgabe des § 4 Nr. 5 zu berücksichtigen.

§ 7 Nachweis des maßgeblichen Einkommens

1. Die Elternbeitragspflichtigen sind zur Mitwirkung verpflichtet. Sie haben die zum Zwecke der Einkommensermittlung erforderlichen Angaben zu machen und durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen, insbesondere durch Lohnsteuerbescheinigung, Einkommenssteuerbescheide, Bewilligungs- oder Vorauszahlungsbescheide.
2. Die Elternbeitragspflichtigen sind verpflichtet, bei Abschluss des Betreuungsvertrages zur Aufnahme des Kindes und danach bei Änderungen der familiären oder wirtschaftlichen Situation, wie z. B. Erwerbslosigkeit, Erwerbstätigkeitsaufnahme, Elternzeit, Geburt eines Geschwisterkindes, Änderungen des Einkommens etc., die zu einer Beitragsänderung führen, dies unverzüglich mitzuteilen und der Stadt Zossen Auskunft über ihre Einkommensverhältnisse zu geben und auf Verlangen durch Vorlage entsprechender Belege nachzuweisen. Der Auskunftspflicht und der Pflicht zur Vorlage von Belegen ist Genüge getan, sofern aus den Angaben glaubhaft die Einstufung zu einer bestimmten Einkommensgruppe hervorgeht. Bei der Einordnung in die höchste Einkommensstufe ist eine Glaubhaftmachung nicht erforderlich.
3. Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit sind dem Einkommensteuerbescheid oder einer Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Liegt noch kein geeigneter Nachweis vor, ist von einer Einkommenselbsteinschätzung (Gewinn) auszugehen. Der Einkommensteuerbescheid ist nachzureichen.

4. Geeignete Nachweise sind insbesondere:
 - Lohnsteuerbescheinigung,
 - aktueller Gehaltsnachweis, monatliche Entgeltbescheinigungen, falls eine Lohnsteuerbescheinigung nicht vorliegt,
 - Einkommensteuerbescheid sowie
 - Leistungsbescheid über die Gewährung von Arbeitslosengeld oder ALG II (SGB II) oder Leistungen nach dem SGB XII.

5. Unaufgefordert ist jährlich, bis spätestens 31.03., der Nachweis nach § 7 Abs. 4 vorzulegen. Werden vom bzw. von den Elternbeitragspflichtigen die entsprechenden Einkommensnachweise nicht vorgelegt, ist rückwirkend zum 01.01. des Beitragsjahres für das Kind bzw. die Kinder der jeweilige Höchstbeitrag zu zahlen.

6. Die Stadt Zossen ist berechtigt, jederzeit eine Überprüfung des jeweiligen Einkommens vorzunehmen. Sofern sich hieraus eine Abweichung von dem bislang zugrunde gelegten Einkommen ergibt, ist die Stadt Zossen den Elternbeitragspflichtigen gegenüber zur Neu- festsetzung berechtigt.

7. Sind die Personensorgeberechtigten vom Elternbeitrag befreit, so haben sie der Stadt Zossen das Vorliegen eines der Befreiungstatbestände nachzuweisen. Dies gilt insbesondere, wenn die Personensorgeberechtigten oder deren Kind
 - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
 - Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,
 - Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes,
 - einen Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,
 - Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten oder
 - als Geringverdienende vom Elternbeitrag nach § 50 Abs. 1 und 2 KitaG befreit sind.

8. Vollzieht sich bei einem betreuten Kind im laufenden Monat ein Wechsel der Altersgruppe, der eine Veränderung der Elternbeiträge zur Folge hat, erfolgt eine Neuberechnung erst im Folgemonat. Bei nahtlosem Übergang vom Kindergarten in die Grundschule erfolgt die Neuberechnung des Elternbeitrags für den Hort ab dem Monat, in welchem überwiegend bereits die Hortbetreuung stattfindet.

§ 8 Gastkinder

In begründeten Fällen können Gastkinder zeitweilig in Kindertagesstätten der Stadt Zossen aufgenommen werden, wenn die entsprechende Betreuungskapazität vorhanden ist. Gastkinder werden täglich entsprechend des nachzuweisenden Betreuungsbedarfes in der Kindereinrichtung betreut. Die längste Betreuung für Gastkinder beträgt 30 Tage pro Jahr.

Kinder vom 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt:

- bis zu 4 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 6 € pro Tag,
- 4 bis 6 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 8 € pro Tag,
- 6 bis 8 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 9 € pro Tag,
- 8 bis 9 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 10 € pro Tag und
- über 9 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 11 € pro Tag erhoben wird.

Kinder im Hortbereich werden wie folgt berechnet:

- bis zu 2 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 3 € pro Tag,
- 2 bis 4 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 5 € pro Tag,
- 4 bis 6 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 6 € pro Tag,

- über 6 Stunden wird ein Beitrag in Höhe von 7 € pro Tag erhoben.

Für die Verpflegung eines Gastkindes wird zusätzlich ein Essengeld in Höhe von 2,25 € pro Tag erhoben.

§ 9 Auskunftspflicht und Datenschutz

1. Zur Berechnung der Kostenbeiträge werden die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Aufnahme- und Anmeldezeiten der Kinder sowie entsprechende Daten der personensorgeberechtigten Elternteile oder des personensorgeberechtigten Elternteils, bei dem das Kind lebt, erhoben.
2. Die Personensorgeberechtigten sind gemäß § 97a SGB VIII verpflichtet, unverzüglich alle notwendigen Angaben im Zusammenhang mit der Betreuung des Kindes, insbesondere Angaben für die Ermittlung des Elternbeitrages (Einkommensnachweise, Angaben zum Wohnort und zur Anschrift, Angaben zu den unterhaltspflichtigen Kindern, Familienstandsänderungen, Änderungen des Rechtsanspruches u.a.) wahrheitsgemäß und vollständig dem Leistungsverpflichteten gegenüber bekannt zu machen.
3. Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Leistungsverpflichteten ist zulässig, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zur Festsetzung und Erhebung der Kostenbeiträge erforderlich ist. Die Daten sind zu löschen, sobald sie dafür nicht mehr erforderlich sind.
4. Rechtsgrundlage für den Umgang mit den personenbezogenen Daten sind die EU Datenschutz-Grundverordnung und das Zweite Kapitel SGB X (Schutz der Sozialdaten) und das vierte Kapitel des SGB VIII und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten der Stadt Zossen vom 01.08.2021 und ihre Änderungen außer Kraft.

Zossen, den 25.03.2024


.....
Wiebke Şahin-Schwarzweiler
Bürgermeisterin

Anlagen: Elternbeitragstabellen 1.1 bis 1.3 einschließlich Festsetzung Essengeldpauschale

Anlage zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten der Stadt Zossen (Beitragstabelle)

I.1. Elternbeiträge für Kinder unter 3 Jahren

| Jahresbruttoeinkommen | | | | Betreuungszeit | | | | | |
|-----------------------|--------|-----|--------|--|---|--|--|-----------|-----------|
| | | | | unter 6 h/ Tag; unter 30 h/ Woche | ab 6 bis 8 h/ Tag; ab 30 bis 40 h/ Woche | über 8 bis 9 h/ Tag; 40 bis 45 h/ Woche | über 9 h/ Tag; über 45 h/ Woche | EUR/Monat | EUR/Monat |
| ab | 29.001 | bis | 30.000 | 62 | 69 | 76 | 91 | | |
| ab | 30.001 | bis | 31.000 | 67 | 74 | 82 | 98 | | |
| ab | 31.001 | bis | 32.000 | 69 | 77 | 84 | 101 | | |
| ab | 32.001 | bis | 33.000 | 71 | 79 | 87 | 105 | | |
| ab | 33.001 | bis | 34.000 | 73 | 82 | 90 | 108 | | |
| ab | 34.001 | bis | 35.000 | 76 | 84 | 92 | 111 | | |
| ab | 35.001 | bis | 36.000 | 81 | 90 | 99 | 119 | | |
| ab | 36.001 | bis | 37.000 | 83 | 93 | 102 | 122 | | |
| ab | 37.001 | bis | 38.000 | 86 | 95 | 105 | 125 | | |
| ab | 38.001 | bis | 39.000 | 88 | 98 | 107 | 129 | | |
| ab | 39.001 | bis | 40.000 | 90 | 100 | 110 | 132 | | |
| ab | 40.001 | bis | 41.000 | 96 | 107 | 117 | 141 | | |
| ab | 41.001 | bis | 42.000 | 98 | 109 | 120 | 144 | | |
| ab | 42.001 | bis | 43.000 | 101 | 112 | 123 | 148 | | |
| ab | 43.001 | bis | 44.000 | 103 | 114 | 126 | 151 | | |
| ab | 44.001 | bis | 45.000 | 105 | 117 | 129 | 154 | | |
| ab | 45.001 | bis | 46.000 | 112 | 124 | 137 | 164 | | |
| ab | 46.001 | bis | 47.000 | 114 | 127 | 140 | 168 | | |
| ab | 47.001 | bis | 48.000 | 117 | 130 | 143 | 171 | | |
| ab | 48.001 | bis | 49.000 | 119 | 132 | 146 | 175 | | |
| ab | 49.001 | bis | 50.000 | 122 | 135 | 149 | 178 | | |
| ab | 50.001 | bis | 51.000 | 129 | 143 | 157 | 188 | | |
| ab | 51.001 | bis | 52.000 | 131 | 146 | 160 | 192 | | |
| ab | 52.001 | bis | 53.000 | 134 | 148 | 163 | 196 | | |
| ab | 53.001 | bis | 54.000 | 136 | 151 | 166 | 200 | | |
| ab | 54.001 | bis | 55.000 | 139 | 154 | 169 | 203 | | |
| ab | 55.001 | bis | 56.000 | 146 | 162 | 179 | 214 | | |
| ab | 56.001 | bis | 57.000 | 149 | 165 | 182 | 218 | | |
| ab | 57.001 | bis | 58.000 | 151 | 168 | 185 | 222 | | |
| ab | 58.001 | bis | 59.000 | 154 | 171 | 188 | 226 | | |
| ab | 59.001 | bis | 60.000 | 157 | 174 | 191 | 230 | | |
| ab | 60.001 | bis | 61.000 | 165 | 183 | 201 | 242 | | |
| ab | 61.001 | bis | 62.000 | 167 | 186 | 205 | 246 | | |
| ab | 62.001 | bis | 63.000 | 170 | 189 | 208 | 249 | | |
| ab | 63.001 | bis | 64.000 | 173 | 192 | 211 | 253 | | |
| ab | 64.001 | bis | 65.000 | 176 | 195 | 215 | 257 | | |
| ab | 65.001 | bis | 66.000 | 184 | 205 | 225 | 270 | | |
| ab | 66.001 | bis | 67.000 | 187 | 208 | 228 | 274 | | |
| ab | 67.001 | bis | 68.000 | 190 | 211 | 232 | 278 | | |
| ab | 68.001 | bis | 69.000 | 193 | 214 | 235 | 282 | | |
| ab | 69.001 | bis | 70.000 | 195 | 217 | 239 | 286 | | |
| ab | 70.001 | bis | 71.000 | 204 | 227 | 250 | 300 | | |
| ab | 71.001 | bis | 72.000 | 207 | 230 | 253 | 304 | | |
| ab | 72.001 | bis | 73.000 | 210 | 234 | 257 | 308 | | |
| ab | 73.001 | bis | 74.000 | 213 | 237 | 260 | 313 | | |
| ab | 74.001 | bis | 75.000 | 216 | 240 | 264 | 317 | | |
| ab | 75.001 | bis | 76.000 | 226 | 251 | 276 | 331 | | |
| ab | 76.001 | bis | 77.000 | 229 | 254 | 280 | 335 | | |

| | | | | | | | |
|--------------------------------|--------|-----|----------|-----|-----|-----|-----|
| ab | 77.001 | bis | 78.000 | 232 | 257 | 283 | 340 |
| ab | 78.001 | bis | 79.000 | 235 | 261 | 287 | 344 |
| ab | 79.001 | bis | 80.000 | 238 | 264 | 290 | 348 |
| | | ab | 80.001 * | 246 | 273 | 300 | 360 |
| * = Mindest- bzw. Höchstbetrag | | | | | | | |

**II. Essengeldpauschale
für die Mittagsversorgung:
45,00 EUR/Monat**

I.2. Elternbeiträge für Kinder über 3 Jahren bis Schuleintritt

| Jahresbruttoeinkommen | | | Betreuungszeit | | | | |
|-----------------------|--------|-----|--|---|--|--|-----|
| | | | unter 6 h/ Tag; unter 30 h/ Woche | ab 6 bis 8 h/ Tag; ab 30 bis 40 h/ Woche | über 8 bis 9 h/ Tag; 40 bis 45 h/ Woche | über 9 h/ Tag; über 45 h/ Woche | |
| | | | EUR/Monat | EUR/Monat | EUR/Monat | EUR/Monat | |
| ab | 29.001 | bis | 30.000 | 50 | 56 | 61 | 73 |
| ab | 30.001 | bis | 31.000 | 53 | 59 | 65 | 78 |
| ab | 31.001 | bis | 32.000 | 55 | 61 | 67 | 80 |
| ab | 32.001 | bis | 33.000 | 56 | 63 | 69 | 83 |
| ab | 33.001 | bis | 34.000 | 58 | 65 | 71 | 85 |
| ab | 34.001 | bis | 35.000 | 60 | 67 | 73 | 88 |
| ab | 35.001 | bis | 36.000 | 63 | 70 | 77 | 93 |
| ab | 36.001 | bis | 37.000 | 65 | 72 | 79 | 95 |
| ab | 37.001 | bis | 38.000 | 67 | 74 | 82 | 98 |
| ab | 38.001 | bis | 39.000 | 68 | 76 | 84 | 100 |
| ab | 39.001 | bis | 40.000 | 70 | 78 | 86 | 103 |
| ab | 40.001 | bis | 41.000 | 74 | 82 | 90 | 108 |
| ab | 41.001 | bis | 42.000 | 76 | 84 | 92 | 111 |
| ab | 42.001 | bis | 43.000 | 77 | 86 | 95 | 114 |
| ab | 43.001 | bis | 44.000 | 79 | 88 | 97 | 116 |
| ab | 44.001 | bis | 45.000 | 81 | 90 | 99 | 119 |
| ab | 45.001 | bis | 46.000 | 85 | 94 | 104 | 124 |
| ab | 46.001 | bis | 47.000 | 87 | 96 | 106 | 127 |
| ab | 47.001 | bis | 48.000 | 89 | 98 | 108 | 130 |
| ab | 48.001 | bis | 49.000 | 90 | 100 | 110 | 133 |
| ab | 49.001 | bis | 50.000 | 92 | 103 | 113 | 135 |
| ab | 50.001 | bis | 51.000 | 96 | 107 | 118 | 141 |
| ab | 51.001 | bis | 52.000 | 98 | 109 | 120 | 144 |
| ab | 52.001 | bis | 53.000 | 100 | 111 | 122 | 147 |
| ab | 53.001 | bis | 54.000 | 102 | 113 | 125 | 150 |
| ab | 54.001 | bis | 55.000 | 104 | 116 | 127 | 152 |
| ab | 55.001 | bis | 56.000 | 108 | 120 | 132 | 159 |
| ab | 56.001 | bis | 57.000 | 110 | 123 | 135 | 162 |
| ab | 57.001 | bis | 58.000 | 112 | 125 | 137 | 165 |
| ab | 58.001 | bis | 59.000 | 114 | 127 | 140 | 167 |
| ab | 59.001 | bis | 60.000 | 116 | 129 | 142 | 170 |
| ab | 60.001 | bis | 61.000 | 121 | 134 | 148 | 177 |
| ab | 61.001 | bis | 62.000 | 123 | 136 | 150 | 180 |
| ab | 62.001 | bis | 63.000 | 125 | 139 | 152 | 183 |
| ab | 63.001 | bis | 64.000 | 127 | 141 | 155 | 186 |
| ab | 64.001 | bis | 65.000 | 129 | 143 | 157 | 189 |
| ab | 65.001 | bis | 66.000 | 134 | 149 | 163 | 196 |
| ab | 66.001 | bis | 67.000 | 136 | 151 | 166 | 199 |
| ab | 67.001 | bis | 68.000 | 138 | 153 | 168 | 202 |
| ab | 68.001 | bis | 69.000 | 140 | 155 | 171 | 205 |
| ab | 69.001 | bis | 70.000 | 142 | 158 | 173 | 208 |
| ab | 70.001 | bis | 71.000 | 147 | 163 | 180 | 216 |
| ab | 71.001 | bis | 72.000 | 149 | 166 | 182 | 219 |
| ab | 72.001 | bis | 73.000 | 151 | 168 | 185 | 222 |
| ab | 73.001 | bis | 74.000 | 157 | 174 | 191 | 230 |
| ab | 74.001 | bis | 75.000 | 159 | 176 | 194 | 233 |
| ab | 75.001 | bis | 76.000 | 161 | 179 | 196 | 236 |
| ab | 76.001 | bis | 77.000 | 166 | 185 | 203 | 244 |

| | | | | | | | |
|----|--------|-----|----------|-----|-----|-----|-----|
| ab | 77.001 | bis | 78.000 | 168 | 187 | 206 | 247 |
| ab | 78.001 | bis | 79.000 | 171 | 190 | 209 | 250 |
| ab | 79.001 | bis | 80.000 | 176 | 196 | 216 | 259 |
| | | ab | 80.001 * | 178 | 198 | 218 | 261 |

**II. Essengeldpauschale
für die Mittagsversorgung:
45,00 EUR/Monat**

* = Mindest- bzw. Höchstbetrag

I.3. Elternbeiträge für Kinder im Grundschulalter (Hort)

| Jahresbruttoeinkommen | | | Betreuungszeit | | | |
|-----------------------|--------|-----|--|---|--|-----|
| | | | unter 4 h/ Tag; unter 20 h/ Woche | ab 4 bis 6 h/ Tag; ab 20 bis 30 h/ Woche | über 6 h/ Tag; über 30 h/ Woche | |
| | | | EUR/Monat | EUR/Monat | EUR/Monat | |
| ab | 29.001 | bis | 30.000 | 36 | 40 | 44 |
| ab | 30.001 | bis | 31.000 | 37 | 42 | 46 |
| ab | 31.001 | bis | 32.000 | 39 | 44 | 48 |
| ab | 32.001 | bis | 33.000 | 40 | 45 | 49 |
| ab | 33.001 | bis | 34.000 | 42 | 46 | 51 |
| ab | 34.001 | bis | 35.000 | 43 | 48 | 52 |
| ab | 35.001 | bis | 36.000 | 44 | 49 | 54 |
| ab | 36.001 | bis | 37.000 | 46 | 51 | 56 |
| ab | 37.001 | bis | 38.000 | 47 | 52 | 58 |
| ab | 38.001 | bis | 39.000 | 48 | 54 | 59 |
| ab | 39.001 | bis | 40.000 | 50 | 55 | 61 |
| ab | 40.001 | bis | 41.000 | 51 | 57 | 62 |
| ab | 41.001 | bis | 42.000 | 53 | 59 | 65 |
| ab | 42.001 | bis | 43.000 | 54 | 60 | 66 |
| ab | 43.001 | bis | 44.000 | 55 | 62 | 68 |
| ab | 44.001 | bis | 45.000 | 57 | 63 | 69 |
| ab | 45.001 | bis | 46.000 | 58 | 64 | 71 |
| ab | 46.001 | bis | 47.000 | 60 | 67 | 73 |
| ab | 47.001 | bis | 48.000 | 61 | 68 | 75 |
| ab | 48.001 | bis | 49.000 | 63 | 70 | 77 |
| ab | 49.001 | bis | 50.000 | 64 | 71 | 78 |
| ab | 50.001 | bis | 51.000 | 65 | 72 | 80 |
| ab | 51.001 | bis | 52.000 | 67 | 75 | 82 |
| ab | 52.001 | bis | 53.000 | 69 | 76 | 84 |
| ab | 53.001 | bis | 54.000 | 70 | 78 | 86 |
| ab | 54.001 | bis | 55.000 | 71 | 79 | 87 |
| ab | 55.001 | bis | 56.000 | 73 | 81 | 89 |
| ab | 56.001 | bis | 57.000 | 75 | 83 | 92 |
| ab | 57.001 | bis | 58.000 | 76 | 85 | 93 |
| ab | 58.001 | bis | 59.000 | 78 | 86 | 95 |
| ab | 59.001 | bis | 60.000 | 79 | 88 | 96 |
| ab | 60.001 | bis | 61.000 | 81 | 90 | 99 |
| ab | 61.001 | bis | 62.000 | 83 | 92 | 101 |
| ab | 62.001 | bis | 63.000 | 84 | 93 | 103 |
| ab | 63.001 | bis | 64.000 | 85 | 95 | 104 |
| ab | 64.001 | bis | 65.000 | 88 | 98 | 107 |
| ab | 65.001 | bis | 66.000 | 89 | 99 | 109 |
| ab | 66.001 | bis | 67.000 | 90 | 101 | 111 |
| ab | 67.001 | bis | 68.000 | 92 | 102 | 112 |
| ab | 68.001 | bis | 69.000 | 93 | 104 | 114 |
| ab | 69.001 | bis | 70.000 | 96 | 106 | 117 |
| ab | 70.001 | bis | 71.000 | 97 | 108 | 119 |
| ab | 71.001 | bis | 72.000 | 98 | 109 | 120 |
| ab | 72.001 | bis | 73.000 | 100 | 111 | 122 |
| ab | 73.001 | bis | 74.000 | 101 | 112 | 124 |
| ab | 74.001 | bis | 75.000 | 104 | 116 | 127 |
| ab | 75.001 | bis | 76.000 | 105 | 117 | 129 |
| ab | 76.001 | bis | 77.000 | 107 | 119 | 130 |

| | | | | | | |
|----|--------|--------------------------------|----------|-----|-----|-----|
| ab | 77.001 | bis | 78.000 | 108 | 120 | 132 |
| ab | 78.001 | bis | 79.000 | 109 | 122 | 134 |
| ab | 79.001 | bis | 80.000 | 111 | 124 | 136 |
| | | ab | 80.001 * | 113 | 125 | 138 |
| | | * = Mindest- bzw. Höchstbetrag | | | | |

**II. Essengeldpauschale
für die Mittagsversorgung:
45,00 EUR/Monat**



Stadt Zossen



Bekanntmachung gefasster Beschlüsse

| | |
|------------------------|--|
| Sitzung: | Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen |
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 31.01.2024 |

Nichtöffentlicher Teil

| | |
|-----------|--|
| 114/23/01 | Bestellung eines Erbbaurechtes zu einem ca. 10.000 m ² großen Grundstück in der Gemarkung Wünsdorf, Flur 3, bestehend aus dem Flurstück 1876 mit 311 m ² und einer Teilfläche des Flurstücks 1874 mit ca. 9.689 m ² |
| 012/24 | Auflösung des Pachtverhältnisses der Gaststätte im Strandbad Kallinchen |


Wiebke Şahin-Schwarzweiler
Bürgermeisterin



Stadt Zossen



Bekanntmachung gefasster Beschlüsse

Sitzung: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen
Sitzungstermin: Mittwoch, 28.02.2024

| Beschluss Nr. | Kurzinhalt |
|---------------|--|
| 008/24/01 | Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" für das Flurstück im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 936-937 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) |

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der Festsetzung der GRZ von 0,25 GRZ I und 0,30 GRZ II des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 936-937 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf).

| Beschluss Nr. | Kurzinhalt |
|---------------|--|
| 016/24 | Aufstellungsbeschluss über die 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen |

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Aufstellung des Flächennutzungsplanes in seiner 5.1. Änderung mit dem Änderungsbereich am südlichen Planweg sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit nach § 3 (1) Baugesetzbuch (BauGB) und die der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB.

| | |
|--------|--|
| 017/24 | Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf der Stadt Zossen mit Reduzierung des Geltungsbereiches |
|--------|--|

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ wird mit Planzeichnung und Begründung in seiner vorliegenden Form gebilligt.

und

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ wird gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus ausgelegt und im Internet veröffentlicht. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgen die Beteiligungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.

und

3. Durch die Herausnahme der Flurstücke 125 und 126 (Flur 8, Gemarkung Dabendorf) erfolgt eine Reduzierung des Geltungsbereiches.

| Beschluss Nr. | Kurzinhalt |
|----------------------|-------------------|
|----------------------|-------------------|

| | |
|---------------|--|
| 019/24 | Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement |
|---------------|--|

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Mit dem Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Umsetzung der sog.

Schlüsselmaßnahmen, womit die Ziele für den Klimaschutz in Zossen umgesetzt werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt Fördermittel gemäß Kommunalrichtlinie zu beantragen für:

- a. Weiterführung der Personalstelle Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanager
- b. Umsetzung des Klimaschutzkonzepts sowie Aufbau eines Klimaschutz-Controllings

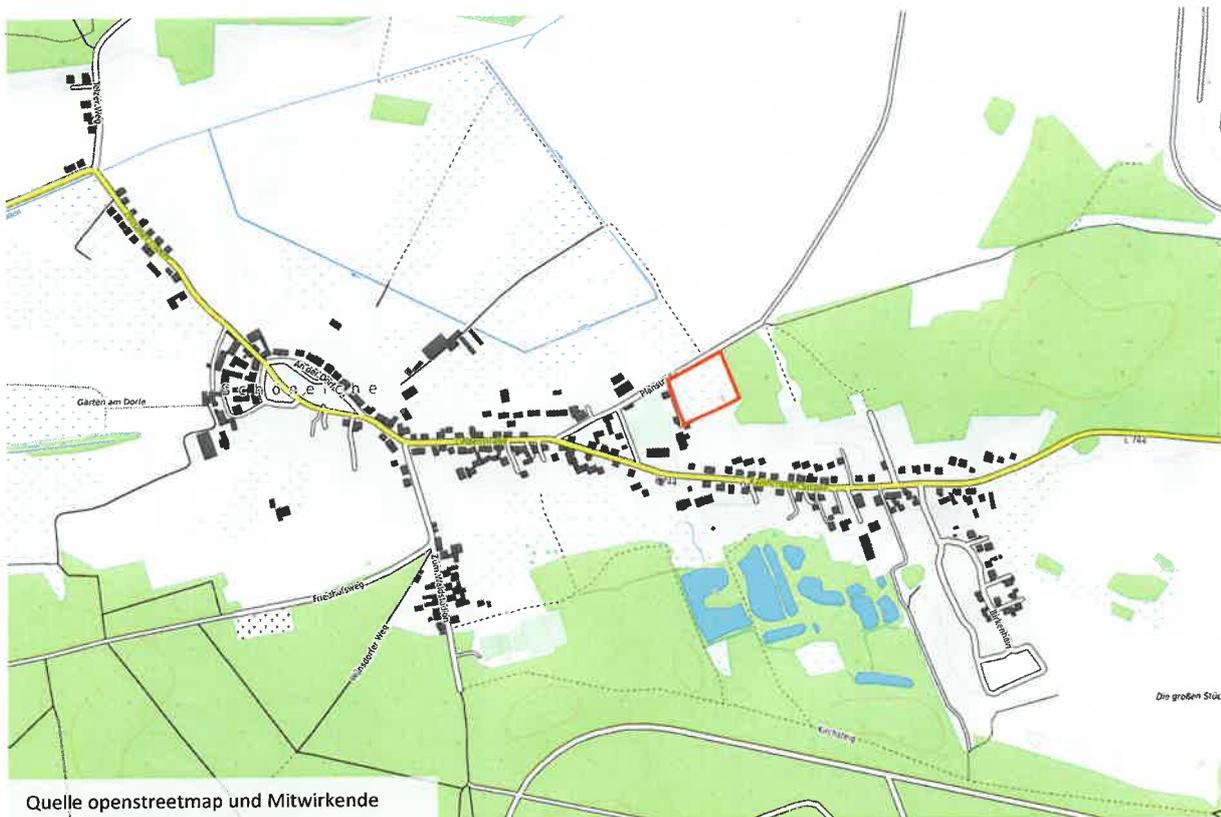

Wiebke Şahin-Schwarzweiler
Bürgermeisterin

Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung

Öffentliche Auslegung des Vorentwurfes der 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen für den Änderungsbereich südlicher Planweg gem. § 3 (1) Baugesetzbuch (BauGB)

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen hat in der öffentlichen Sitzung am 28. Februar 2024 den Aufstellungsbeschluss für die 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Die 5.1. Änderung des Flächennutzungsplans umfasst die Flurstücke 122 und 123 (Flur 3) in der Gemarkung Schöneiche im Ortsteil Schöneiche der Stadt Zossen. Es soll statt einer gemischten Baufläche eine Wohnbaufläche (W) dargestellt werden.



Der Vorentwurf einschließlich der Begründung mit Stand vom 11. März 2024 wird auf der Internetseite der Stadt Zossen unter

www.zossen.de >> Bürger >> Aktuelle Planungen >> 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Änderungsbereich am südlichen Planweg

oder mit dem Link:

<https://www.zossen.de/buerger/aktuelle-planungen/51-aenderung-des-flaechennutzungsplanes-fuer-den-aenderungsbereich-am-suedlichen-planweg>

eingestellt und zugänglich gemacht. Gleichmaßen wird auf das Landesportal <https://www.uvp-verbund.de/bb> als Informationsquelle verwiesen.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet werden als andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten die Entwurfsunterlagen der 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Einsichtnahme gem. § 3 Abs. 1 BauGB während der bekannten Öffnungszeiten bei der **Stadt Zossen, Marktplatz 20, 15806 Zossen im Konferenzraum im Erdgeschoss** von

Mo 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Di 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Do 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Fr Termine nach Vereinbarung
Sa 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (jeden 1. und 3. Samstag im Monat)

vom 02. April 2024 bis einschließlich 03. Mai 2024 öffentlich ausgelegt.

Während der Dauer der Veröffentlichungsfrist können von jedermann Stellungnahmen zum Vorentwurf der 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes elektronisch, bei Bedarf aber auch auf anderem Wege, wie schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift abgegeben werden.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des § 3 BauGB in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe 3 DSGVO und dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz. Sofern die Stellungnahme ohne Absenderangaben versehen ist, folgt keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bleiben bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt. Anträge nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung können unzulässig sein, soweit Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Zossen, 25.03.2024

Wiebke Şahin-Schwarzweiler
Bürgermeisterin

Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung

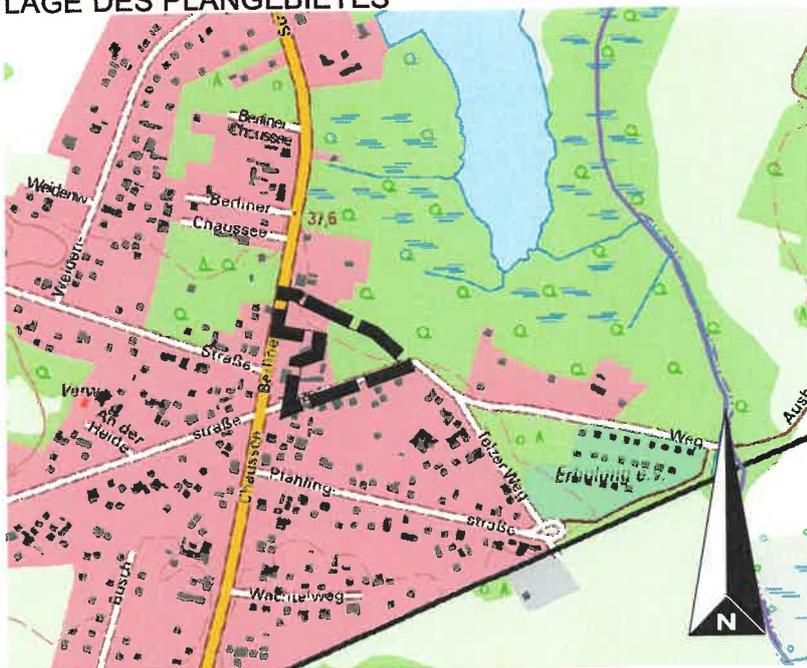
Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ der Stadt Zossen gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)

Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Stadt Zossen beschloss am 15. Dezember 2022 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ im Gemeindeteil Dabendorf der Stadt Zossen.

Teile der Bauflächen des Plangebiets "Am Telzer Weg" werden als Allgemeines Wohngebiet (WA) nach § 4 BauNVO festgesetzt. Dies entspricht der an das Plangebiet angrenzenden Art der Nutzung entlang seiner südlichen Straßenseite des Telzer Weges. Die an die Berliner Straße angrenzenden Plangebietsflächen werden als Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (Kindertagesstätte) festgesetzt. Verbunden mit der Bevölkerungsentwicklung und dem Zuzug besteht ein Bedarf an erforderlichen sozialen Einrichtungen (Kinderbetreuung/Schule), den die Stadt Zossen mit eigenen Mitteln und auf eigenen Grundstücken nicht decken kann.

Der Bebauungsplan umfasst das Flurstück 239 sowie Teilflächen aus den Flurstücken 215, 217, 239 und 242 in der Flur 8 (Gemarkung Dabendorf).

LAGE DES PLANGEBIETES



QUELLE: BRANDENBURGVIEWER 2023

Lage des Plangebietes

Die Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ werden auf der Internetseite der Stadt Zossen unter www.zossen.de >> Bürger >> Aktuelle Planungen >> Bebauungsplan Am Telzer Weg

oder mit dem Link:

<https://www.zossen.de/buerger/aktueaktuelle-planungen/bebauungsplan-am-telzer-weg>

eingestellt und zugänglich gemacht. Gleichmaßen wird auf das Landesportal <https://www.uvp-verbund.de/bb> als Informationsquelle verwiesen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgte als Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB). Somit gelten die Vorschriften nach § 13 BauGB und von einer Umweltprüfung wird abgesehen.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet werden als andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten die Entwurfsunterlagen des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ zur Einsichtnahme gem. § 3 Abs. 1 BauGB während der bekannten Öffnungszeiten bei der Stadt Zossen, **Marktplatz 20, 15806 Zossen im Konferenzraum im Erdgeschoss** von

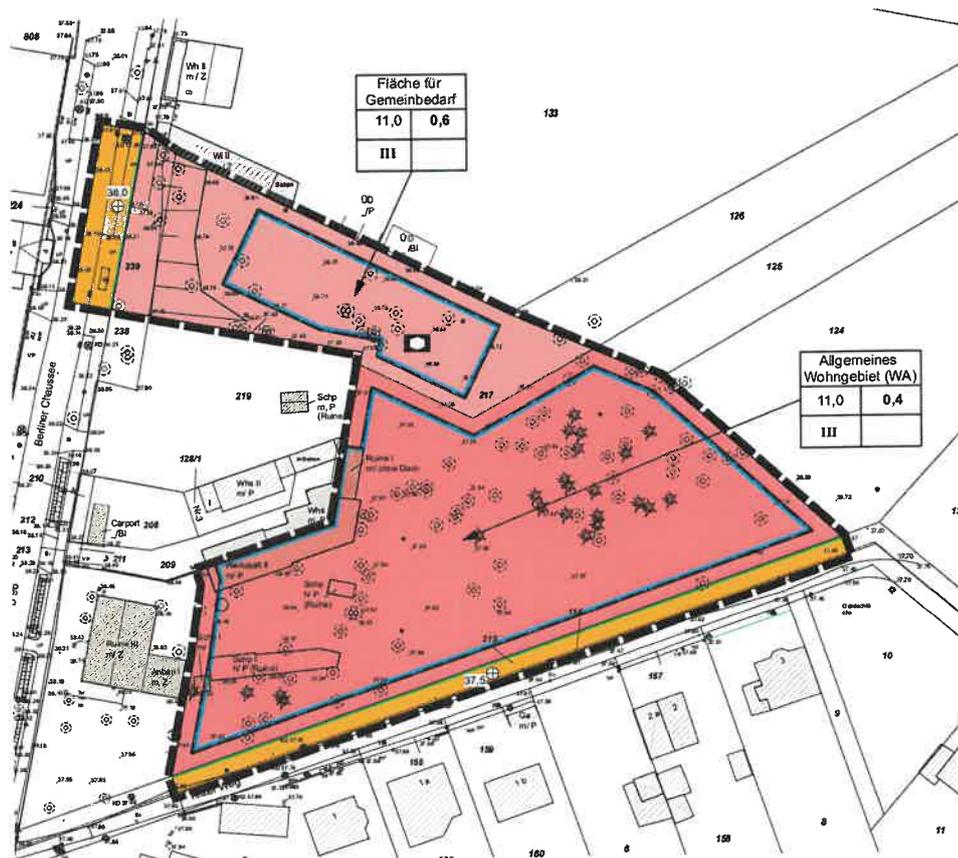
| | |
|----|---|
| Mo | 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr |
| Di | 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr |
| Do | 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr |
| Fr | Termine nach Vereinbarung |
| Sa | 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (jeden 1. und 3. Samstag im Monat) |

vom 02. April 2024 bis einschließlich 03. Mai 2024 öffentlich ausgelegt.

Während der Dauer der Veröffentlichungsfrist können von jedermann Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes elektronisch, bei Bedarf aber auch auf anderem Wege, wie schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift abgegeben werden.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des § 3 BauGB in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe 3 DSGVO und dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz. Sofern die Stellungnahme ohne Absenderangaben versehen ist, folgt keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bleiben bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt. Anträge nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung können unzulässig sein, soweit Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.



Auszug Planzeichnung

Zossen, 25.03.2024

Handwritten signature in blue ink

Wiebke Şahin-Schwarzweiller
Bürgermeisterin

Abteilung für Zivilsachen des Amtsgerichts Zossen

3 C 81/23 Klageverfahren

Öffentliche Zustellung

An die Beklagte Q - Properties GmbH, letzte bekannte Adresse Radlkoferstraße 2, 81373 München, wird ein Schriftstück vom 10.01.2024 öffentlich zugestellt.
Das Schriftstück kann in den Räumen d. Abteilung für Zivilsachen des Amtsgerichts Zossen, Gerichtstraße 10, 15806 Zossen, Zimmer 102.1 1. OG, eingesehen werden.

Mit der Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Zossen, 29.02.2024

Mit freundlichen Grüßen

Böhme Rechtspflegerin

Beglaubigt

Wiethe
Justizbeschäftigte



Ausschreibung von Landpachtflächen

Die Kirchengemeinde Wünsdorf schreibt kircheneigene Flächen in den Gemarkungen Mellensee und Wünsdorf, deren Pachtverträge am 31.12.2024 enden, mit einer Gesamtgröße von 9,0933 ha zum 1. Januar 2025 neu aus.

Genauere Angaben dazu finden Sie unter:

<https://redstorage.gemeinsam.ekbo.de/d/d633d156d7094738b5ac/>

Für den Gemeindegemeinderat

Benjamin Petereit

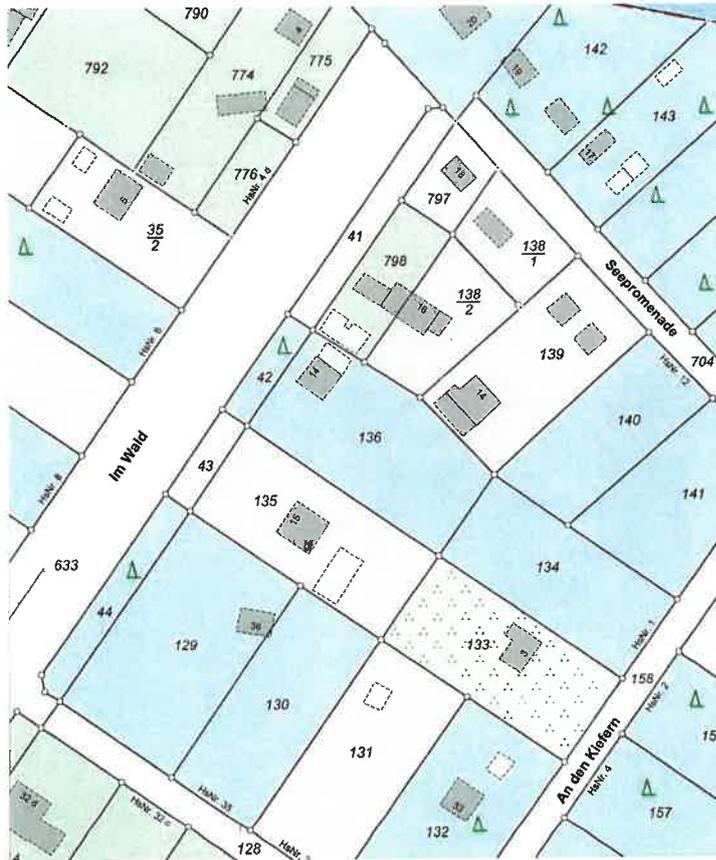


A u s s c h r e i b u n g

Die Gemeinde Hötenleben beabsichtigt nachfolgend näher beschriebenes Grundstück zu veräußern:

- Objekt:** **Gemarkung Neuhof, Flur 4, Flurstück 136**
- Lage:** **1508 Zossen OT Neuhof, Im Wald 14 (Brandenburg)**
- Objektbeschreibung:** **Der Bungalow ist eingeschossig mit Teilunterkellerung- als Holständerkonstruktion auf massivem Sockel. Es besteht aus mehreren Anbauten (Nebenräumen, Werkstatt, Terrasse und Carport. Das Gebäude ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand.**
- Das Grundstück ist außerhalb der Ortschaft Neuhof am westlichen Rand einer weitläufigen Bungalow-Siedlung gelegen. Die Bungalow-Siedlung erstreckt sich südlich des Großen Wünsdorfer Sees.**
- Die Entfernung zur Ortschaft Neuhof beträgt 1,2 km, das See-Ufer ist im Bereich von 250 m erreichbar.**
- Auf dem gesamten Grundstück sind. u.a. Müll, Abfälle, Hausrat und verschiedene Schrottarten, sowie ein alter Wohnwagen abgelagert.**
- Grundstücksfläche:** 1.632,00 m²
Wohn-Nutzfläche: ca. 80,00 m²
- Mindestgebot:** **100.000,00 €**





Diese Ausschreibung der Gemeinde Hötensleben erfolgt freibleibend.
Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, sich für eines der eingereichten Gebote zu entscheiden.
Die Verkäuferin übernimmt keine Haftung für eventuelle Sachmängel, insbesondere nicht für bestimmte Größe, Güte, Beschaffenheit oder Nutzungsmöglichkeit des Kaufgegenstandes.
Das Grundstück wird im unberäumten Zustand angeboten. Der Erwerber kauft das Objekt wie es liegt und steht.

Nähere Informationen erhalten Sie auf der Homepage [Verbandsgemeinde Obere Aller – Bauland \(obere-aller.de\)](http://Verbandsgemeinde Obere Aller – Bauland (obere-aller.de)) oder in der Verbandsgemeinde Obere Aller - Eilsleben, Fachbereich 1- Finanzen/Liegenschaften, Zimmermannplatz 2, 39365 Eilsleben, Tel. 039409/916-27.

Schriftliche Angebote sind bis spätestens 28.05.2024, 12:00 Uhr im geschlossenen Umschlag persönlich oder per Post mit der Anschrift:

Verbandsgemeinde „Obere Aller“
Kennwort: Ausschreibung Zossen OT Neuhof, Im Wald 14
Fachbereich 1- Finanzen/Liegenschaften
Zimmermannplatz 2
39365 Eilsleben

zu richten oder abzugeben.

gez. Löffler
Bürgermeister

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit wird zur Jahreshauptversammlung der Jagdgenossenschaft Horstfelde eingeladen.

Datum: **26.04.2024**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ort: **Dorfgemeinschaftshaus Horstfelde
Horstfelder Dorfstraße 30
15806 Zossen/ OT. Horstfelde**

Eingeladen sind alle Grundstückseigentümer von Grundflächen, die zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Jagdgenossenschaft Horstfelde gehören, auf denen die Jagd ausgeübt werden darf.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung durch Vorsitzenden der Jagdgenossenschaft
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Bestätigung des Vorstandes
5. Bericht des Kassenwartes
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Aufnahme von Herrn Florian Gruse in den Vorstand
- 6.2 Vorschlag für eine Spende an die Freiwillige Feuerwehr Horstfelde
- 6.3 Anschaffung einer Drohne für die Jagdgenossenschaft
7. Sonstiges

Gezeichnet

**Volker Hansche
Vorsitzende der Jagdgenossenschaft Horstfelde**

Horstfelde, 11.03.2024